

Referat: OBM
Amt: 13-3

Niederschrift

Besprechung am: **1. Dezember 2022** Beginn: 17:30 Uhr
Ort: Rathaussaal Ende: 20:15 Uhr

Thema: 15. Vollversammlung des Ausländer- und Integrationsbeirats der Stadt Erlangen

Anwesende	Entschuldigt	Verteiler
Siehe Anwesenheitsliste	Siehe Anwesenheitsliste	Siehe Anwesenheitsliste

Die Niederschrift beschränkt sich auf die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse. Wenn innerhalb von acht Tagen nach Zusendung der Niederschrift keine Einwände erhoben werden, wird Einverständnis unterstellt.

Ergebnis:

Der Vorsitzende des Beirats, Rami Boukhachem, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder des Beirats unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß geladen wurden und dass der Beirat beschlussfähig ist.

TOP 1 Aktuelles

Der Vorsitzende dankt alle Mitwirkenden und Unterstützer*innen der Iran-Kundgebung am 5. November für ihre Beteiligung und äußert sich sehr zufrieden über die hohe Teilnehmerzahl und die Berichterstattung in den Erlanger Nachrichten.

Der Geschäftsführer gibt verschiedene Informationen bekannt:

- Es gibt einen Appel des Bayer. Flüchtlingsrats zum Chancenaufenthaltsrecht - <https://www.fluechtlingsrat-bayern.de/appell-zum-chancenaufenthaltsrecht/>
- Am 16. Januar 2023 findet ein Treffen vom Friedensweg der Religionen statt – es soll einen Austausch zum Thema interreligiöser Dialog in der Stadt geben, der Ort wird noch bekannt gegeben
- Das Programm „Viele Sprachen, ein Erlangen“ geht in die zweite Phase – Rückmeldungen für Veranstaltungen per Fragebogen sind noch bis 13.1.2023 möglich. Auf die Sammlungsanfrage nach Lieblingswörtern sind insgesamt 100 Lieblingswörter eingegangen. Eine Jury hat rund 40 davon ausgewählt, die im Januar und Februar auf Plakaten in der Stadt zu sehen sein werden.
- Für das Stadtteilstfest am Anger 2023 findet am **12. Dezember um 18.30 Uhr im Saal** vom Bürgertreff ISAR12 ein Vorbereitungstreffen statt.
- Der für Weihnachten entwickelte gemeinsamer Spendenaufruf von AIB und EFIE steht seit letzter Woche auf der AIB-Homepage

TOP 2 Aktuelle Situation im Jobcenter

Der Vorsitzende berichtet vom Gespräch mit dem Sozialreferenten Dieter Rosner und Gerd Worm, dem Leiter der GGFA vom 30.11.22 zur angespannten Situation im Jobcenter und die zahlreichen Beschwerden, die den AIB diesbezüglich erreicht hätten. Viele Betroffene müssen sehr lange auf Bescheide bzw. Verlängerungen warten, was oftmals unangenehme Konsequenzen wie Mietrückstände, aber auch kein Geld für Lebensmittel nach sich zieht.

Herr Rosner hat in diesem Gespräch die grundsätzliche Problematik anerkannt, seinerseits aber auch auf die bestehenden Probleme im Jobcenter aufmerksam gemacht. So konnte in keinem Verfahren seit 2021 der Personalbedarf vollständig gedeckt werden. Gründe dafür sind u.a.: ausgewählte Bewerber*innen nehmen regelmäßig die angebotene Stelle nicht an, es kommt schon nach kurzer Beschäftigungsdauer zu Kündigungen durch Beschäftigte wegen der Komplexität der Arbeit; aktuell sind in der Leistungssachbearbeitung 6,25 Stellen vakant. Aufgrund der schwierigen Bewerber*innenlage wurde das Stellenprofil im Bereich SGB II in den letzten Jahren weit geöffnet, was dazu führt, dass verwaltungsunerfahrene Kräfte eingestellt worden sind, deren Einarbeitung aufwendiger ist. Erschwerend hinzu kam der Ukraine-Krieg, da die ukrainischen Flüchtlinge in den Monaten August/September alle für den Leistungsbezug erfasst werden mussten.

Auf die Nachfrage von Herrn Boukhachem, ob durch das Erlassen vorläufiger Bewilligungsbescheide die Situation für die Betroffenen entspannt werden könnte, z.B. auch um drohende Wohnungslosigkeit abzuwenden, verwies Herr Rosner in dem Gespräch darauf, dass das Jobcenter Bundesgesetze ausführen müsse und die Mitarbeitenden des Jobcenters dazu verpflichtet sind, diese gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Leider ließe sich das Problem der Überbürokratisierung des Sozialrechts vor Ort nicht einfach lösen. Dennoch seien die Mitarbeitenden angewiesen worden, so großzügig und pragmatisch wie möglich zu entscheiden und seien von den leitenden Führungskräften auch von der Sorge entlastet worden, dadurch in die Gefahr persönlicher Haftung zu kommen. In wieweit die neuen gesetzlichen Vorgaben durch das Bürgergeld vereinfachend wirken, bliebe abzuwarten.

Herr Rosner und Herr Worm sicherten Herrn Boukhachem außerdem zu, seine Anregung für die Einrichtung einer direkten Hotline für von Wohnungslosigkeit Betroffenen wohlwollend zu prüfen.

TOP 3 Bericht der Ausländerbehörde

Bericht: Andreas Brockard

Die stellv. Vorsitzende, Frau Attchia-Emmerich, begrüßt den Leiter der Ausländerbehörde, Herrn Brockard, und bittet ihn um seinen Bericht zu den vorab übermittelten Fragestellungen.

- Thema Einbürgerungen / Einbürgerungskampagne

Herr Brockard berichtet zur beabsichtigten Einbürgerungskampagne von AIB und Amt 33, dass in den vergangenen Jahren im Durchschnitt 350 Personen einen Einbürgerungsantrag gestellt haben. Im Jahr 2021 waren es bereits über 400, im September 2022 550, bis zum Jahresende 2022 werden über 700 Anträge erwartet. Das heißt, es gibt schon ohne „Werbung“ eine Verdopplung der Anträge (u.a. von den anerkannten Geflüchteten). Aktuell liegt das Problem bei der Bearbeitung der Anträge. Die vorliegenden Anträge können derzeit nicht

schnell abgearbeitet werden, Gründe sind vor allem Personalwechsel in der Einbürgerungsstelle, die Stellen konnten nicht übergangslos besetzt werden. Zwei neue Stellenanträge mit Priorisierung des Themas Einbürgerung hat Amt 33 gestellt. Um keinen weiteren Unmut über zu lange Bearbeitungszeiten hervorzurufen, wurde in Absprache mit dem Leiter des Bürgeramtes, Herrn Dr. Holzinger, vereinbart, die Einbürgerungsinitiative zunächst einmal auszusetzen, bis bei der Einbürgerungsstelle wieder „Land in Sicht“ ist.

- Menschen ohne Aufenthaltsstatus – Klärung von Begriff und Folgen (Begriff Staatenlose)

In der Vorabanfrage wurde festgestellt, dass in den offiziellen Statistiken immer wieder eine große Gruppe von Menschen ohne Aufenthaltsstatus aufgeführt werden, worüber der AIB sehr verwundert ist. Herr Brockard erläutert, dass diese Begrifflichkeit in den Statistiken ausschließlich vom BAMF verwendet wird. Da die Auflistung anonymisiert ist, kann die Ausländerbehörde die einzelnen Fälle nicht genauer bewerten. Es bedeutet lediglich, dass in den Registern kein bestehender und gültiger Aufenthaltstitel zu der entsprechenden Personenanzahl vorhanden ist, aber nicht, dass dieser Personenkreis unmittelbar mit einer Abschiebung zu rechnen hat. Hierfür ist ausschließlich die Zahl der Personen mit einer Duldung relevant, da deren Abschiebung grundsätzlich ansteht, nur aus verschiedenen Gründen derzeit befristet ausgesetzt ist. Hintergründe könnten sein, dass in dieser Zahl Personen erfasst sind, die bereits ausgereist oder weggezogen sind, die eine Verlängerung beantragt haben oder wo noch keine Entscheidung über die Aussetzung der Abschiebung getroffen werden konnte.

- Kritik an Situation an der Willkommenstheke

In der Vorabanfrage wurde berichtet, dass es immer wieder Beschwerden über das Verhalten von Mitarbeiter*innen an der Willkommenstheke gibt, vor allem über teilweise lautstarke Verkündungen von persönlichen Daten. Herr Brockard verspricht, die Hinweise in die nächsten Teamsitzungen mitzunehmen, weist allerdings gleichzeitig darauf hin, dass viele Kund*innen im Bereich der Willkommenstheke ebenfalls teilweise sehr lautstark agieren und so manchmal eine ungewollte Dynamik bzw. Wechselwirkung entstehe. Er verweist des Weiteren darauf, dass es gleichzeitig die Grundidee der Willkommenstheke war, manche „kleineren Angelegenheiten“ direkt an der Theke ohne Einbeziehung eines Sachbearbeiters zu klären, was eben auch dazu führe, dass manchmal Angelegenheiten direkt an der Theke verhandelt und besprochen werden würden, um dadurch für die Kund*innen Klärungen schnell und unproblematisch herbeizuführen.

Frau Atchia-Emmerich dankt Herrn Brockard für seinen Bericht.

TOP 4 50 Jahre AIB im Jahr 2024 – Beginn der Vorbereitungen

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Ausländerbeirat der Stadt Erlangen 1974 gegründet wurde und nach Nürnberg und Wiesbaden der drittälteste Beirat dieser Art in Deutschland ist. Mit dem bevorstehenden Jahreswechsel bleibt noch ein Jahr Zeit für die Vorbereitungen des Jubiläums. Geplant bzw. angedacht sind grundsätzlich zwei Veranstaltungen, ein Neujahrsempfang mit eher offiziellem Charakter in Kreuz&Quer, der Terminvorschlag ist der 20.1.24 sowie eine große Feier im Sommer im E-Werk, auf dem Schlossplatz oder im Schlossgarten möglichst Anfang Juni 2024 (Hintergrundinfo: Fußball-EM 2024 in Deutschland vom 14.6. – 14.7., Konkurrenz durch Public Viewing).

Außerdem sollen natürlich auch verschiedene Produkte entstehen, angedacht sind hier u.a. eine Ausstellung (z.B. mit Jörg Amonat oder in Eigenregie), eine Broschüre/Heft (analog zu 40-jährigem Jubiläum) sowie möglicherweise ein Film in Kooperation mit der FAU.

Die Mitglieder beschließen einstimmig die Gründung einer Sonder-AG für das Jubiläum, folgende Mitglieder nehmen daran teil:

Liz Nicholson, Dr. Bilkiss Atchia-Emmerich, Rami Boukhachem, Gururaj Mahishi, Liliana Christl, Karl-Walter Skerjanz

TOP 5 Berichte aus Arbeitsgruppen und Gremien

Die stellv. Vorsitzende, Frau Atchia-Emmerich, bittet die Sprecher*innen der Arbeitsgruppen um ihre Berichte.

AG 1 Politik:

Herr Getachew berichtet, dass es eine Präsentation von Stadtrat Dominik Sauerer, zum Thema Rechtsextremismus in der Region gab. Das Fazi der AG war, dass es wichtig war zu wissen, wie die Lage im Erlanger Raum aussieht. Geplant ist evtl. auch noch ein Vortrag der Allianz gegen Rechtsextremismus.

Für die Wochen gegen Rassismus werden in Kooperation mit dem E-Werk die zwei Menschenrechtsfilme von Human Rights Watch ‚island of Ghosts‘ und ‚the Game‘ gezeigt.

AG 2: Bildung + Arbeit:

Frau Ramesh berichtet von den Vorbereitungen zum UNESCO Tag der Muttersprache. Geplant sind aktuell zwei Veranstaltungen, eine mehrsprachige Lesung mit Kindern in Kooperation mit dem Sprachprojekt WIID sowie ein Poetry Slam rund um das Thema Gebärdensprache in Kooperation mit Kommune inklusiv.

AG 3: Kultur + Soziales; Bericht Liliana

Frau Christl berichtet, dass die AG 3 für den Tag der Migrant*innen am 18.12 den Film „Wenn uns die Worte fehlen“ aus Jena um 15 Uhr im E-Werk-Kino zeigen wird. In der nächsten Sitzung am 7.12. geht es nochmals um das Thema Migrantinnen in der häuslichen 24 Stunden-Pflege.

AG 4: Öffentlichkeitsarbeit: Bericht Sana/Ruben

Frau Hummady berichtet, dass sich die AG hauptsächlich mit der Organisation der Kundgebung zur Unterstützung von iranischen Frauen am 5.11. auf dem Besiktasplatz beschäftigt hat.

TOP 6 Anträge / Anfragen / Sonstiges

Aufgrund des Ausscheidens von Tareq Ademi aus dem Beirat musste die Ersatzwahl eines Delegierten für die AGABY- Vollversammlung durchgeführt werden. Neben dem Vorsitzenden Rami Boukhachem wurde die stellv. Vorsitzende Dr. Bilkiss Atchia-Emmerich als Vertreterin gewählt, Ersatzdelegierte sind Sana Hummady und Lilit Harutyunyan.

Der Vorsitzende dankt allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:15 Uhr. Die nächste Sitzung findet am 26.01.2023 statt.

gez. Rami Boukhachem
Vorsitzender

gez. Till Fichtner
Schriftführer